

Aufruf an die Träger vor Ort zur

Aktionswoche für die bundesgeförderten Programme im Bereich Integration und Flucht: MBE, JMD, AVB, PSZ

vom 16. bis 20. September 2024

Geschätzte Kolleg*innen,

um die Zukunft Ihrer wichtigen Flüchtlings- und Migrationsarbeit zu sichern, ruft die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege Sie als Mitarbeitende und Träger zu Aktivitäten auf, um politische Entscheidungsträger*innen im Vorfeld der Haushaltsberatungen von der Notwendigkeit der Migrationsfachdienste für unser demokratisches Gemeinwesen zu überzeugen. Höhepunkt soll dabei die **Aktionswoche vom 16. bis 20. September 2024** sein.

Angesichts eines enormen Anstiegs bei bewaffneten Konflikten und Zahlen von Geflüchteten weltweit ist auch die Zuwanderung nach Deutschland nach wie vor hoch. In den letzten Jahren hat Deutschland die höchste Zahl von Neueingewanderten seit 70 Jahren erlebt, darunter etwa 2 Mio. Geflüchtete in den letzten drei Jahren. Auch zu Erwerbs- und Ausbildungszwecken oder zur Familienzusammenführung kommen zahlreiche Menschen nach Deutschland.

In der gesellschaftspolitischen Debatte sind Migration, Flucht und die Frage, wie Integration gelingen kann, zentrale Themen. Bisher werden dabei vor allem die staatlichen Akteure Bund, Länder und Kommunen gesehen. Aber die Migrationsfachdienste der Verbände mit ihren Haupt- und Ehrenamtlichen sind das Scharnier, damit Integration gelingen kann und der gesellschaftliche Zusammenhalt ohne Abschottung erhalten bleibt. Durch die gleichzeitig stattfindende haushaltspolitische Debatte in Bundestag und Bundesregierung um Prioritäten im Haushalt angesichts knapper Kassen ist diese wichtige Arbeit gefährdet. Wir müssen deutlich machen, dass Sparen an den Migrationsfachdiensten den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet.

Daher ist es Ziel der Aktionswoche, über die Leistungen der Migrationsfachdienste zu informieren, ihre gesellschaftspolitische Relevanz und ihren Beitrag in Netzwerken des Gemeinwesens aufzuzeigen, sowie auf die Notwendigkeit einer finanziell bedarfsgerechten Ausstattung hinzuweisen.

Zielgruppen der Aktionswoche sind – je nach örtlichen Gegebenheiten – politische Mandatstragende, insbesondere Abgeordnete des Wahlkreises auf Bundesebene sowie Entscheidungsträger*innen aller föderalen Ebenen.

Ihre Aktivitäten innerhalb der Aktionswoche führen Sie lokal jeweils in eigener Verantwortung durch. Die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege stellen unterstützendes Aktionsmaterial zur Verfügung und binden die Aktivitäten zusammen. Es empfiehlt sich, die verschiedenen Migrationsfachdienste zusammen zu bewerben, um beispielsweise auf das Zusammenwirken von Flüchtlings- und Migrationsberatung aufmerksam zu machen. Stimmen Sie sich dazu gerne verbandsübergreifend ab.

Vorgeschlagene Aktivitäten:

- Um die Arbeit Ihrer Migrationsfachdienste sichtbarer zu machen, können Sie einen oder mehrere Tag(e) der offenen Tür durchführen – ggf. auch in einem hybriden/digitalen Format. Wählen Sie die für Ihre Bedürfnisse am besten geeigneten Aktionsformen. Kooperationen, ggf. auch auf Landesebene und mit anderen Verbänden, sind zielführend.
- In Kontaktgesprächen mit politischen Mandatsträger*innen und Entscheidungsträger*innen in Ihrem Wirkungsbereich sollten die Bedarfe, Ziele, Erfolge, Potenziale sowie die immer wieder neuen Herausforderungen der Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit dargestellt und erläutert werden. Dabei soll die gesellschaftspolitische Relevanz der Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit aufgezeigt werden. Zur Veranschaulichung gut geeignet sind anonymisierte Fallbeispiele. Noch besser ist, Ratsuchende hinzuzuziehen, wenn sie von ihren täglichen Herausforderungen und der Unterstützung, die sie durch Migrationsfachdienste bekommen haben, berichten möchten.
- Öffentlichkeitsarbeitsmaterialien wie zum Beispiel Videos, welche die Arbeit vor Ort (Kooperationen, Vernetzung, Beratungsmethoden, Beratungsthemen etc.) vorstellen, können mit weiteren Kooperationspartner*innen erstellt werden. Damit kann ein größerer Empfänger*innenkreis erreicht werden.
- Wichtig für Abgeordnete sind Aktivitäten, die auch ihren Bekanntheitsgrad steigern. Daher sind Artikel und Fotos in der Lokalpresse ein Win-Win und sollte die Aktionswoche auch vor Ort mit Presse-/Öffentlichkeitsarbeit flankiert werden. Hintergrundgespräche mit den Lokalredaktionen sind ebenfalls hilfreich.

Ebenenübergreifende politische Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit kann erfahrungsgemäß sehr wirksam sein. Daher ist es in unserem gemeinsamen Interesse, um die Zukunft der Migrationsfachdienste zu sichern, wenn Sie sich an der Aktionswoche beteiligen. **Da wichtige Vorentscheidungen bereits im Zuge der Haushaltsplanaufstellung fallen, ist es wichtig, auch im Vorfeld der parlamentarischen Beratungen ab jetzt in den Wahlkreisen das Gespräch mit Abgeordneten zu suchen.** Bitte setzen Sie Ihren Bundesverband so früh wie möglich über Ihre Planungen in Kenntnis.

Die Arbeit der Migrationsfachdienste im Überblick

Für eine gelingende Aufnahme und Integration gibt es die unterschiedlichen bedarfsorientierten Migrationsfachdienste der Verbände. Diese stellen wir im Folgenden noch einmal kurz vor, da nicht alle Träger alle Angebote vorhalten. Für Geflüchtete sind dies insbesondere die Asylverfahrensberatung (AVB), die dabei unterstützt, dass Schutzbedürftige den ihnen zustehenden Schutz bekommen. Ebenfalls vorrangig für Geflüchtete bieten Psychosoziale Zentren (PSZ) Beratung und Behandlung für psychisch belastete, erkrankte und/oder traumatisierte Geflüchtete. Die Integration aller Eingewanderten unabhängig von Flucht oder Migration insbesondere nach Erteilung des Aufenthaltsrechtes unterstützen altersspezifisch die Jugendmigrationsdienste (JMD) und die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE).

Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE)

Die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte (MBE) ist ein fester Bestandteil des Integrationsangebotes des Bundes und bietet neueingewanderten Menschen ein qualitativ hochwertiges, verlässliches und bewährtes Beratungsangebot. Dem kommunalen Gemeinwesen hilft die MBE, sich dauerhaft und strukturell auf neue Einwanderung einzustellen.

Durch mehrere Zielgruppenerweiterungen ist die Gruppe der Ratsuchenden inkl. ihrer Problemlagen gleichzeitig zuletzt noch vielfältiger geworden. Dabei ist das bundesgeförderte Grundberatungsangebot ein wichtiger Hebel, um das Arbeitskräftepotential von Geflüchteten und Eingewanderten in den Kommunen besser und schneller zu nutzen: Sie ist zentraler Zugang zu den Integrations-/Sprachkursen und eine relevante Struktur für das Programm „Job-Turbo“ der Bundesregierung im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt. Mit dem Chancen-Aufenthaltsrecht und dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz sind zudem neue herausfordernde Aufgaben für die MBE hinzugekommen.

Jugendmigrationsdienste (JMD)

Das Bundesprogramm der Jugendmigrationsdienste (JMD) ist seit vielen Jahrzehnten ein unverzichtbarer Teil der örtlichen Kinder- und Jugendhilfe. Durch die verlässlichen Strukturen ist es dem Programm stets gelungen, sich fachlich an die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen. In diesem Kontext arbeiten die JMD auch in einer Zeit der vielen Krisen und des Fachkräftemangels mit großem Erfolg. Junge Menschen mit Migrationsbiografie können auf umfassende Unterstützung zählen: Ob Schulangelegenheiten oder Deutschkurse, Praktika oder Ausbildungsplätze, Beschäftigung, Freizeitangebote und das Kennenlernen Gleichaltriger – die JMD beraten kompetent, schaffen Raum für Begegnung und ermöglichen jungen Menschen, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Mit ihrem ganzheitlichen Angebot unterstützen die Fachkräfte junge Menschen individuell und eröffnen ihnen neue Perspektiven. Dabei stärken sie das Demokratieverständnis ihrer Zielgruppe und fördern Teilhabemöglichkeiten im Sozialraum. Zudem sind die Jugendmigrationsdienste essenziell für die verantwortungsvolle Umsetzung des Chancenaufenthalts- und des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes, die wesentlichen Herausforderungen für die Zukunft Deutschlands darstellen. Mit ihren etablierten Strukturen und ihrer hohen Expertise können die JMD diesen Herausforderungen als Teil des kommunalen Hilfesystems begegnen. Sie sind gefragte Partner*innen für die anderen Dienste vor

Ort, begleiten den gesamten Integrationsprozess und ermöglichen den Ratsuchenden den Zugang zu Regeldiensten.

Asylverfahrensberatung (AVB)

Die behördenunabhängige Asylverfahrensberatung (AVB) bietet Schutzsuchenden Beratung und Unterstützung während des Asylverfahrens und stärkt damit die Rechtsstaatlichkeit, Fairness, Qualität und Effizienz des Asylverfahrens. Gleichzeitig gewährleistet sie die effektive Umsetzung von Verfahrens- und Schutzgarantien, indem die AVB beispielsweise bei der Identifizierung besonderer Schutzbedarfe unterstützt. Durch die Asylverfahrensberatung verstehen Asylsuchende das Verfahren besser, kennen ihre Rechte und Pflichten, wovon nicht nur die Ratsuchenden selbst, sondern auch Behörden und Gerichte profitieren. Darüber hinaus ist eine gute Beratung und Betreuung im Asylverfahren Grundvoraussetzung für eine schnelle Integration.

Das im Jahr 2023 gestartete Bundesprogramm hat bereits im ersten Jahr, in dem die meisten Standorte erst im Jahresverlauf starteten, mehr als 34.000 Schutzsuchende in Deutschland erreicht. Von einer flächendeckenden Beratungsstruktur sowie einer Bedarfsdeckung sind wir jedoch noch weit entfernt.

Psychosoziale Zentren (PSZ)

Die Psychosozialen Zentren (PSZ) leisten bundesweit psychosoziale und psychotherapeutische Unterstützung für Geflüchtete. Der psychosoziale Ansatz umfasst an den Bedarfen der Klient*innen orientierte, ganzheitliche und multimodal ausgerichtete Angebote, die in multiprofessionellen Teams adressiert werden. Dazu zählen soziale Beratung, psychotherapeutische Verfahren, psychologische Begleitung, Rechtsberatung, niedrigschwellige Angebote und Psychoedukation, die zusammengenommen der psychosozialen Gesundheit zugutekommen und Teilhabechancen Schutzsuchender z.B. in Sozialraum und Arbeitsmarkt ermöglichen. Als Koordinations- oder Kompetenzzentren wirken die PSZ darüber hinaus auch unterstützend und vermittelnd für andere Leistungserbringer im Gesundheits- und Sozialbereich. Zu den Aufgaben der PSZ gehört daher auch, die mit geflüchteten Menschen arbeitenden Akteur*innen zu sensibilisieren und damit die Versorgung von psychisch belasteten oder traumatisierten Asylsuchenden und geflüchteten Menschen in Einrichtungen der Flüchtlingssozialarbeit und in Regelinstitutionen insgesamt zu verbessern.

Für die Weitergabe an politische Entscheidungsträger*innen, Presse o.a. haben wir anliegende Fact Sheets und weitere hilfreiche Dokumente erarbeitet.

gez. Dr. Lorenz Wiese

Vorsitzender des Fachausschusses Migration und Integration
der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

Berlin, im Juni 2024